



von Helmut Markwort

## Die Beschneidung unserer Rechte darf kein Dauerzustand werden

Dienstag

**E**in Polizeiauto fährt durch meine Straße. Per Lautsprecher fordert der Beamte die Anwohner auf, ihre Wohnungen nur in wirklich dringenden Fällen zu verlassen. Zwei Stunden später fährt wieder ein Staatsfahrzeug durch die Straßen. Diesmal appelliert der Polizist in englischer Sprache an die Bürger. Die Szenen sind gespenstisch. Sie erinnern an Kontrollfahrten wie in utopischen Filmen oder an Reportagen aus Diktaturen wie Nordkorea oder China.

Tatsächlich sind unsere Freiheit, unsere demokratischen Rechte und unser Eigentum über Nacht beschnitten und begrenzt worden. „Aus gegebenem Anlass“, wie es im Deutsch der Bürokraten heißt. Die unschlagbare Begründung für die verfassungswidrigen Eingriffe ist die Lebensgefahr für viele Mitbürger.

Wir ertragen die Beschränkungen, weil keiner den vermeidbaren Tod von Mitmenschen verantworten möchte. Die freiheitsliebenden Bürger müssen aber auch darauf achten, dass unsere Rech-



**Warnung** In München sind Polizeiautos unterwegs, um Bürger an die Verbote zu erinnern

te so bald wie möglich wieder gesichert werden müssen.

Es gibt Leute, denen gefällt die derzeitige Macht der staatlichen Behörden. Die würden den Ausnahmezustand gern zum Normalzustand verlängern. Aus verschiedenen Gegenden unseres Landes werden Fälle von Amtsanmaßung berichtet, in denen Staatsdiener die ohnehin strengen Vorschriften noch eigenmächtig ausdehnen wollen.

Gegen solche Exzesse ist Widerstand notwendig.

In Leipzig hat das Ordnungsamt per Verfügung die weit bekannte Bahnhofsbuchhandlung schließen lassen, in der die Kunden aus mehr als 7000 nationalen und internationalen Zeitungen und Zeitschriften auswählen können.

Nach zum Glück heftigen Protesten hat das Ordnungsamt sein Verbot wenigstens teilweise zurückgenommen. Pressetitel dürfen wieder verkauft werden, Bücher nicht.

Den Verbieterichen muss verklickert werden, dass der Artikel 5 des Grundgesetzes zwei elementare Rechte garantiert. Das eine ist das Recht für jedermann, seine Meinung frei zu äußern und zu verbreiten. Das zweite ist genauso wichtig, nämlich, dass jeder sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert unterrichten darf.

Mittwoch

**I**n Zeiten der Kontaktsperre ist es widersinnig, wenn Menschen sich von Berufswegen umarmen oder prügeln. Schauspieler verdienen mit solchen Aktivitäten ihr Geld, wollen aber dabei nicht ihre Gesundheit riskieren. Das Dilemma



**Mutig**

Die Schauspielerin Andrea Sawatzki sprach aus, was viele Mitarbeiter der Film- und Fernsehbranche besorgt

beschäftigt die Branche, weil einzelne Bundesländer unterschiedlich agieren. Bayern hat das Problem geregelt, Berlin hat es schleifen lassen.

In München, wo traditionell viel gedreht wird, sind alle Film- und Fernseh-Dreharbeiten auf öffentlichem und privatem Gelände und auch in Innenräumen untersagt. Damit sind die Produzenten aus der Haftung entlassen und rechtlich auf der sicheren Seite.

In Berlin hingegen wurde weitergedreht, weil Produzenten nicht auf eigenes Risiko ihre Teams heimschicken wollten.

Die Schauspielerin Andrea Sawatzki hat die Situation mutig angesprochen. Auf Instagram hat sie geschildert, wie 35 Menschen gezwungen wurden, auf engstem Raum zusammenzuarbeiten: „35 Menschen, die Angst davor haben, sich zu infizieren, die Familie zu Hause haben, die sie bei einer Infektion mit Sicherheit auch anstecken werden.“

Die Berliner Behörden hatten, ihrem schlechten Ruf entsprechend, versäumt, ein Drehverbot auszusprechen.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

Fotos: dpa